

4. März 1919 – 100 Jahre Märzgedenken

Am 4. März 2019 jährt sich die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts der Sudetendeutschen und mit ihnen auch das Egerländer zum hundertsten Mal. Dies soll Anlass sein, an die historischen Geschehnisse zu erinnern und der Opfer zu gedenken.

Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1918 befanden sich die verbündeten Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn politisch wie militärisch zunehmend in der Krise. Dem Habsburger Vielvölkerstaat war es seit der Mitte des 19. Jahrhunderts nicht gelungen, die Forderungen der kleineren Nationen nach Mitbestimmung im Staatswesen zu erfüllen und eine föderale Ordnung zu errichten. Dies betraf insbesondere auch die Länder der Böhmischen Krone. Im Zuge der tschechischen Erweckungsbewegung war es zudem zu einer Neubelebung tschechischen Volkstums und tschechischer Sprache gekommen, ein gesteigertes tschechisches Selbstbewusstsein hatte sich entwickelt. Trotz verschiedentlich Bemühungen gelang eine nachhaltige politische Lösung der Nationalitätenfrage nicht.

Die militärische Stagnation und schließlich die sich abzeichnende Niederlage der Mittelmächte förderten die Destabilisierung Österreich-Ungarns und die Distanzierung der Völker von diesem Staat. Einer Gruppe tschechischer Oppositioneller um Tomas Masaryk und Edvard Benes, denen es um die Zerschlagung Österreich-Ungarns, und die Errichtung eines tschechischen Staates ging, gelang es aus dem Exil, slowakische Politiker und die Alliierten für ihre Ideen zu gewinnen. Ein am grünen Tisch neu erschaffenes Staatsgebilde Tschechoslowakei sollte ein machtpolitischer Gegenpol zum Deutschen Reich werden. Im Spätsommer 1918 stand fest, dass Österreich-Ungarn nach einem alliierten Sieg nicht weiterbestehen würde. Bereits im Juli 1918 hatte sich in Prag ein Nationalausschuss gebildet, Ende September ernannte Masaryk im Exil eine vorläufige Regierung, am 16. Oktober verkündete Masaryk in der Washingtoner Erklärung die Gründung eines eigenen Staates. Am 28. Oktober 1918 rief der Nationalausschuss schließlich die Tschechoslowakische Republik aus. Der neue Staat verfügte über eine slawische Bevölkerungsmehrheit und sicherte in seinen Institutionen die tschechische Dominanz. Die Deutschen verloren ihren Status als Staatsvolk.

Auch in Cisleithanien bzw. Deutsch-Österreich war die Monarchie trotz entsprechender Bemühungen Kaiser Karls nicht mehr zu halten gewesen. Es hatte sich eine provisorische Volksvertretung der deutschen Volksgruppe gebildet. Die deutschen Abgeordneten der österreichischen Nationalversammlung teilten am 29. Oktober 1918 dem amerikanischen Präsidenten Wilson die Gründung eines Staates Deutsch-Österreich mit und beanspruchte entsprechend dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auch die Gebiete der ca. 3,5 Millionen Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien. Vor tschechischer Besatzung konnten diese Gebiete trotz entsprechender Bemühungen nach dem Zusammenbruch der österreichischen Zentralgewalt nicht bewahrt werden. Ab Dezember 1918 fielen immer mehr sudetendeutsche Städte in tschechische Hände. Die am 30. Oktober 1918 zur Hauptstadt der neu gebildeten deutsch-österreichischen Provinz Sudetenland wurde bereits am 18. Dezember 1918 tschechisch besetzt. Zuvor hatte sich deutsch-böhmische Landtag Dr. Rudolf Lodgman von Auen zum Landeshauptmann und Josef Seliger zum stellvertretenden Landeshauptmann gewählt. Auch Egerländer Soldaten, Bezirks- und Stadträte hatten sich zur Provinz Deutschböhmen und zum Staat Deutschösterreich bekannt, diesen Treue geschworen und ihre Verwaltung dementsprechend geführt. Tschechische Ansprüche wurden so gut es ging abzuwehren versucht.

Mit den Pariser Vorortverträgen wurde die Zugehörigkeit des Sudetenlandes zur Tschechoslowakei gegen den Willen seiner Bevölkerung endgültig Realität.

Die zwangsweise Eingliederung der Sudetendeutschen in einen fremden Staat, zudem wirtschaftliche Probleme, Hunger und Diskriminierung förderten die Unzufriedenheit unter den Deutschen. Von der versprochenen Autonomie in einer „zweiten Schweiz“ konnte keine Rede sein. Seit der tschechischen Besetzung Deutschböhmens kam es regelmäßig zu Protesten, Demonstrationen und zivilem Widerstand auf verschiedenen Ebenen des Gemeinwesens.

Am 16. Februar 1919 fand in Deutsch-Österreich die Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung statt. Die Eröffnungssitzung der Nationalversammlung war der Anlass für die Demonstrationen des 4. März, zu denen die Sozialdemokraten unter Josef Seliger aufgerufen hatten. Die sudetendeutschen Abgeordneten waren darin aufgrund tschechischer Wahlverhinderung nicht mehr vertreten. Zudem sollte gegen die Abwertung des Bargeldes und für das Recht auf Selbstbestimmung demonstriert werden.

Die Kundgebungen wurden kurz nach Mittag in mehreren Städten gleichzeitig durch Schüsse in die Menge blutig unterdrückt. Dabei kamen auf Seiten der sudetendeutschen Demonstranten 54 Menschen ums Leben; 25 in Kaaden, 16 in Sternberg, 6 in Karlsbad, 2 in Arnau, 2 in Eger, 2 in Mies und 1 in Aussig. Unter den Toten waren 20 Frauen und Mädchen, ein 80-Jähriger und Buben im Alter von 14, 13 und 11 Jahren. Zwei Tote gab es bereits am 3. März in Eger und zwei weitere am 5. März in Karlsbad. Außerdem gab es ca. 200 Verletzte.

Die Opfer des 4. März 1919 erhielten keine Entschädigung, die Täter wurden nicht ermittelt und bestraft.